

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

20.07.2021 Drucksache $18/17\overline{280}$

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl, Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Christian Klingen, Jan Schiffers und Fraktion (AfD)

Lehren aus den Hochwasserkatastrophen ziehen – Zentrum für Wassergefahren schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Der Landtag trauert gemeinsam mit allen Menschen in Deutschland und Europa, die durch die Starkregenereignisse Angehörige und Freunde verloren haben.
- 2. Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften und freiwilligen Helfern, die geholfen haben, Leben zu retten und vermutlich noch lange mit den Aufräumarbeiten beschäftigt sind.
- 3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur besseren Ausbildung von Einsatzkräften von Feuerwehren, Wasserrettungsdiensten und THW sowie zu Forschungszwecken ein zentrales Zentrum für Wassergefahren (ZeWa) zu schaffen. Dieses soll analog zum Zentrum für besondere Einsatzlagen als spezialisierte Ausbildungsstätte dienen und die Voraussetzungen bieten, in einem sicheren Rahmen besonders riskante Einsatzsituationen zu trainieren.
- 4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Warnung der Bevölkerung nachhaltig verbessert wird und künftig auch bei Extremwetterlagen gewährleistet ist, wenn Handy- und Stromnetze ausfallen.

Begründung:

Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist erschütternd. Durch eine sich blockierende Wetterlage wurden ganze Orte zerstört, zahlreiche Menschen starben. Auch in Bayern kamen durch Starkregenereignisse Menschen zu Schaden. Der Landtag trauert mit allen Angehörigen und Freunden der Toten und bedankt sich bei den Einsatzkräften, aber auch den vielen freiwilligen Helfern, die selbstlos dazu beigetragen haben, Schlimmeres zu verhindern und die Schäden zu beseitigen.

Wichtig ist es nun aber auch, nach vorne zu blicken und zu prüfen, wie sich der Freistaat besser gegen Wassergefahren wappnen kann. Ohne Frage ist Bayern gut aufgestellt. Allerdings fehlt eine zentrale Übungsmöglichkeit für Wassergefahren, in der es möglich ist, unter geschützten Bedingungen Extremsituationen zu üben und auch neue Rettungsansätze zu erproben.

Mit dem Bayerischen Zentrum für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach haben die Kräfte des Sanitätsdienstes aktuell eine staatlich geförderte Übungsmöglichkeit für komplexe Einsatzlagen bekommen, die sich nicht dezentral üben lassen. Die Feuerwehren können an den staatlichen Feuerwehrschulen einen Großteil ihrer Aus- und Fortbildung, vor allem auch Spezialausbildungen, abbilden. Dies ist über das Kap. 03 26 im Haushalt staatlich finanziert. Für die Berg- und Höhenrettung steht in Bad Tölz das Zentrum für Sicherheit und Ausbildung der Bergwacht zur Verfügung, das ebenfalls mit staatlichen Mitteln (Kap. 03 24, Tit. 685 01-5) großzügig unterstützt wird.

Zudem ist es europaweit einmalig und wird sogar von Spezialkräften der Polizei zum Trainieren genutzt. Einzig die Kräfte der Wasserrettung haben aktuell keine Übungsmöglichkeiten, da weder Windischeschenbach noch die Feuerwehrschulen geeignete Möglichkeiten vorhalten. In Bad Tölz ist lediglich die Hubschrauberrettung aus Gewässern simulierbar. Mit dem Übungsdamm in den Feuerwehrschulen wird lediglich die Deichwehr geübt.

Eigentlich war seit der Katastrophe von Simbach im Jahr 2016 jedoch klar, dass wir in Bayern nicht nur mit "normalen" Hochwasserlagen entlang der großen Flüsse zurechtkommen müssen. Die Ereignisse der vergangenen Woche haben nun gezeigt, welche hochdynamische und fatale Lagen sich entwickeln können. Die Kräfte der Wasserrettung (Wasserwacht-Bayern und DLRG), THW und Feuerwehr können aber nicht alle Situationen, für die sie gewappnet sein sollen, ausreichend üben. So ist es nicht möglich, Bootsmanöver in einem überfluteten Ort zu trainieren. Für die Strömungsausbildung der Wasserretter muss teils in Wildwasserflüsse nach Österreich ausgewichen werden. Eine gute Ausbildung der Rettungstaucher ist schwieriger geworden, da zum Beispiel die Bundeswehr ihr Übungsgelände in Percha nur noch zu "üblichen Bürozeiten" zur Verfügung stellt. Rettung aus Wehranlagen ist nur an echten Wehranlagen übbar – mit entsprechend hohem Risiko und in der Vergangenheit auch schon fatalen Unfällen.

Deshalb ist es dringend geboten, hier voranzugehen und ein Zentrum für Wassergefahren zu schaffen, um genau diese Dinge in geschütztem Raum üben zu können. Dazu braucht es ein überflutbares Dorf, in dem Bootsmanöver und Rettung aus Strömung simuliert werden können, wehranlagen für die Übung von Rettungen aus diesen Bereichen, einen Tauchbereich in Form eines offenen Beckens (mit Übergang in das überflutbare Dorf) und einen Strömungsbereich für die Ausbildung von Wasserrettern. Der Freistaat würde damit eine europaweit einmalige Anlage schaffen. Mit einer solchen Anlage würde Bayern europaweit für Aufsehen sorgen und etwas schaffen, das für Wasserretter, Feuerwehren, THW und sogar für die Industrie zu Testzwecken genutzt werden könnte. Auch für die Wissenschaft wäre so eine Anlage, in der in "Echtgröße" simuliert werden könnte, interessant. Dementsprechend wäre eine hohe Auslastung möglich. Wir rechnen mit Investitionskosten von 20 bis 30 Mio. Euro. Für die Planung ist die Expertise der bayerischen Wasserrettungsorganisationen zu nutzen, die hier konkrete Ideen haben. Abzustimmen sind diese mit THW und den Feuerwehren. Die Betreiberschaft ist gesondert zu klären. Als Partner könnte die Universität der Bundeswehr gewonnen werden, die schon die Wasserwacht-Bayern bei der Konzeptionierung und Schulung der Hochwasserfachberater in den vergangenen Jahren wissenschaftlich begleitet hat.

Wir sind es unseren Rettungskräften – gerade auch den freiwilligen Helfern – schuldig, sie bestmöglich auf ihre Einsätze vorzubereiten. "Feuer, Erde und Luft" sind bereits mit Übungszentren versorgt. Mit "Wasser" soll sehr zeitnah auch das vierte Element beherrsch- und übbar werden.

Dazu muss die Staatsregierung auf allen Ebenen dafür sorgen, dass das Chaos bei der Warnung der Bevölkerung zügig abgestellt wird und künftig auch bei Ausfall von Handyoder Stromnetzen eine möglichst flächendeckende Warnung sichergestellt ist.